

Berg, Evelyn von Fumetti, Christoph Hausmann, Jascha	GRÜNE GRÜNE FDP	in Vertretung für Fraas, Sabine
--	-----------------------	---------------------------------

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo Dambier, Peter	Bürgerunion PIRATEN	in Vertretung für Bitsch, Peter
-------------------------------	------------------------	---------------------------------

Kreistagsvorsitzender:

Schneider, Gottfried	CDU
----------------------	-----

Fraktionsvorsitzende:

Haag, Alfons Fiedler, Josef Zenker, Veronika	CDU SPD PIRATEN
--	-----------------------

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias Schimpf, Matthias Thaidigsmann, Petra	Landrat hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Kreisbeigeordnete
--	---

Verwaltung:

Schneider-Jaksch, Ute Fraas, Hedy Eberle, Hans	Jugendamt (anwesend bis zeitweise TOP 4) Jugendamt (anwesend zu TOP 1) Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (anwesend bis TOP 4)
Blume, Claudia Kocher, Kathrin	Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (anwesend bis TOP 4)

Gast:

Wiemer-Horschler, Sylva	Schulleiterin der Siegfriedschule, Heppenheim (anwesend zu TOP 1)
-------------------------	--

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
------------------	---

Der Ausschussvorsitzende, Herr Abgeordneter Reinhardt, eröffnete um 17:05 Uhr die 17-025. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlte Herr Abgeordneter Walter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER).

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit an Schulen mit besonderem Blick auf das Heppenheimer Schul- und Jugendhilfeangebot (HSJH-Angebot)**
Vorlage: 17-1613

Nach einführenden Erläuterungen von Herrn Landrat Wilkes stellten Frau Wiemer-Horchler und Frau Fraas unterstützt durch Folienpräsentation (Anlage 2 der Vorlage 17-1613) die Entwicklung und Erfolge des Heppenheimer Schul- und Jugendhilfeangebots vor.

Auf Frage aus dem Ausschuss nach ähnlichen Angeboten in anderen Kommunen des Kreises erklärte Herr Landrat Wilkes, es gebe dort Angebote, allerdings keine mit verbindlicher Beteiligung der Kommune wie sie die Stadt Heppenheim leiste.

Punkt 2: **Pakt für den Nachmittag;**
Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und dem Kreis Bergstraße
Vorlage: 17-1662/1

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 17-1662/1 Kenntnis genommen.

Herr Landrat Wilkes kündigte an, für das Schuljahr 2016/2017 werde eine neue Ausschreibung für die Beteiligung von Schulen am "Pakt für den Nachmittag" erfolgen. Weiter wies er darauf hin, dass die Übernahme der Betreuungsleistungen durch freie Träger dem Vergaberecht unterliege und Ausschreibungsverfahren durchzuführen seien.

Herr Ausschussvorsitzender Reinhardt bat um einen Bericht an den Ausschuss über die Erfahrungen mit dem "Pakt für den Nachmittag" nach Abschluss des Schuljahres 2015/2016.

Punkt 3: **PuSch (Praxis und Schule) als Nachfolgemodell der SchuB-Klassen (Schule und Beruf)**
Vorlage: 17-1660

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 17-1660 Kenntnis genommen.

Herr Landrat Wilkes lobte das Engagement der Betriebe, die SchuB-Schülern an zwei Tagen die Woche Praktikumsstellen zur Verfügung stellten, und wies auf die negativen Auswirkungen für die beteiligten Betriebe nach dem Auslaufen der SchuB-Programms hin. Den Schulen, die eigene Modelle entsprechend dem bisherigen "SchuB" entwickeln und weiterführen wollten, bot er die Unterstützung des Kreises an.

Das Nachfolgeprogramm "PuSch" hielt er für ein schlechteres Modell als "SchuB". Er kritisierte die Fraktionen im Landtag, von denen sich keine für die Interessen benachteiligter Schüler einsetze, und sah die Pflichtaufgaben des Staates immer weniger im Fokus der Parteien.

Herr Ausschussvorsitzender Reinhardt bat um einen Erfahrungsbericht an den Ausschuss nach Abschluss des Schuljahres 2015/2016, wie sich die Situation an den Hauptschulen entwickelt habe.

Frau Abgeordnete Schich-Kiefer merkte an, die Problematik von Schulabgängern ohne Abschluss betreffe auch Realschulen. Auf ihre Frage nach Daten betreffend "Schulabbrechern" an Gymnasien, Berufsfach- und Realschulen teilte Herr Kreisbeigeordneter Schimpf mit, dem Kreis als Schulträger lägen diese nicht vor.

Punkt 4: Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße 2016-2021
Vorlagen: 17-1666 und 17-1666/1

In der Sitzung wurden die Ergänzungsvorlage 17-1666/1 mit der Zusammenstellung der nach dem 21.05.2015 erfolgten Änderungen im 1. Entwurf des Schulentwicklungsplanes (SEP) sowie entsprechende Austauschseiten zum Entwurf verteilt.

Herr Landrat Wilkes informierte über die jeweils einstimmige Empfehlung des Kreisausschusses und der Betriebskommission Schule und Gebäudewirtschaft zur Fortschreibung des SEP. Er wies darauf hin, dass die Einrichtung von Sprachintensivklassen in den statistischen Zahlen zu den Schulen nicht enthalten sei, da diese nicht planbar sei. Während der Laufzeit der Fortschreibung des SEP sei von Veränderungen auszugehen bedingt durch die zu erwartende Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zur "Sekundarschule". Im Hinblick auf das Angebot inklusiver Beschulung habe in allen Fällen dem Elternwillen entsprochen werden können; trotzdem blieben alle Förderschulen im Kreis bestehen.

Bei der anschließenden Aussprache gab es Fragen zu folgenden Punkten, zu denen Herr Landrat Wilkes und Frau Blume Auskünfte gaben:

- Raumsituation am Lessing-Gymnasium in Lampertheim in Anbetracht des in den kommenden Jahren zu erwartenden Schülerzuwachses

Herr Landrat Wilkes wies auf die überarbeitete Formulierung im Datenblatt der Schule hin, dass "aktuell und zukünftig in erheblichem Maße Raumbedarf bestehe". Der Raumbedarf werde in der nächsten Zeit weiter durch die Nutzung von Containern gedeckt.

- geringer Rückgang der prognostizierten Schülerzahlen an den Förderschulen trotz des Angebots inklusiver Beschulung

Herr Landrat Wilkes erklärte, derzeit entschieden sich noch relativ wenige Eltern für das Angebot der inklusiven Beschulung.

- Auswirkungen auf das gymnasiale Angebot im Kreis durch die angekündigte "Umschichtung" von Lehrkräften von Gymnasien auf andere Schulen

Herr Landrat Wilkes verwies auf die Zuständigkeit des Staatlichen Schulamtes für die Lehrerversorgung an den Schulen. Er sehe die Umschichtung als falsche "Botschaft" und kontraproduktiv.

- Mittagsversorgung an der Carl-Off-Schule Bensheim-Fehlheim im Rahmen des Angebotes "Pakt für den Nachmittag"

Herr Landrat Wilkes kündigte den Umbau von zwei Schulräumen zur "Mensa" an, da das Dorfgemeinschaftshaus für die Einnahme des Mittagessens nicht zur Verfügung stehen werde.

Herr Abgeordneter Hoch äußerte sich kritisch zu der hohen Übergangsquote auf Gymnasien.

Herr Abgeordneter Fiedler berichtete von einem Hinweis der Neckartalschule Hirschhorn an ihn, die im Entwurf des SEP angegebenen Übergangsquoten auf weiterführende Schulen seien nicht korrekt. Die Verwaltung sagte eine Überprüfung der Daten zu.

Herr Abgeordneter Fiedler signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion zum vorliegenden Entwurf der Fortschreibung des SEP, der keine gravierenden Veränderungen zum geltenden SEP aufweise.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales stimmt gemäß § 145 i.V. mit § 146 HSchG dem vorliegenden Entwurf zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2016 - 2021 (2. Entwurfsfassung Stand 29.06.2015) mit den in der Vorlage 17-1666 aufgeführten Maßnahmen zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 145 HSchG den vorliegenden Entwurf zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2016 - 2021 (2. Entwurfsfassung Stand 29.06.2015). Außerdem stimmt er, vorbehaltlich der Zustimmung zu den genehmigungspflichtigen Maßnahmen durch das Hessische Kultusministerium, gemäß § 146 HschG der Umsetzung der in der Beschlussvorlage 17-1666 aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen zu."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 5: Kreis-Teilhabe-Konferenz - Sachstandsbericht

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf berichtete über die Aktivitäten der Kreis-Teilhabe-Konferenz (KTK):

Die KTK habe sich bisher zu fünf Sitzungen getroffen; die nächste Sitzung finde am 8. Juli 2015 statt mit den Themen "Inklusion im ÖPNV", "Wohnen - bezahlbar und barrierefrei" sowie Berichten aus den Arbeitsgruppen.

